Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 12. Mai 1926 — Nummer 109

Abbruch der Republik

Luther erklärt: Schwarz-Weiß-Rot bleibt! Die Demokraten kapitulieren

Die gestrige Reichstagssitzung brachte über die Flaggenfrage keine Entscheidung. Die Parteien der Weimarer Koalition sind auseinandergefallen. Zentrum und Demokraten kapitulieren vor der schwarz-weiß-roten Fahne. Der Sozialdemokrat Breitscheid begründete nach Eintritt in die Tagesordnung den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett mit Hinweisen auf den Verfassungsbruch, der durch die Flaggenverordnung verübt sei. Er beschwerte sich darüber, daß der Reichskanzler dem Reichstag eine bewußte Täuschung zeige und erklärte, die Regierung trage dem Willen der Koalitionsparteien Rechnung, sie könne deswegen nicht auf das Vertrauen der Republikaner haben. Breitscheid erklärte dann, daß das sozialdemokratische Mißtrauensvotum wahrscheinlich abgelehnt würde. Er erklärte, es werde jedoch zu einer anderen Gelegenheit ein erneuter Mißtrauensantrag eingebracht werden. Nach Breitscheid sprach der

Reichskanzler Dr. Luther.

Die Kommunisten empfingen den Kanzler der Reaktion mit [illegible] Zurufen. Luther hielt eine überaus provozierende Rede. Er unterlege keinem Zweifel, daß der Reichspräsident das Recht habe, die Flaggenverordnung herauszugeben. Auch in früheren Gelegenheiten seien Verordnungen über Wappen und Farben vom Reichstag nicht vorgelegt worden. **In den Kolonien werde die jetzt bestehende deutsche Flagge überhaupt nicht anerkannt.** Es sei notwendig, daß eine Flagge, die im Ausland geachtet werde, der Reichsverfassung entspreche. **Die Flagge, unter der der deutsche Kaufmann die Welt erobert habe, sei eben die schwarz-weiß-rote Flagge.** Er wolle nicht bestreiten, daß der jetzige Zeitpunkt für den Erlaß wenig geeignet sei, jedoch sei die schwarz-weiß-rote **Fahne ein starkes Symbol für den Frieden.** Das Ausland habe ein Interesse daran, daß unsere militärische Kraft gestärkt werden und ein Wiederaufstieg des Vaterlandes erfolge. Dazu gehöre die schwarz-weiß-rote Fahne. Der Reichspräsident Ebert habe ebenfalls, ohne eine Verbindung mit den Parteien herzustellen, den Flaggenerlaß über die Kriegsflagge herausgegeben. Die große Schwierigkeit der Reichsregierung ist, daß das grundsätzliche Vertrauen der Regierungsparteien ihren Mitgliedern im Kabinett versagt worden sei. Ihnen die Parteien zu ihren Kabinettsmitgliedern gestanden, wäre die Beunruhigung nicht so groß. Auf diese Zustände bezieht sich der Brief des Reichspräsidenten, und dieser erklärte, die Verordnung sei in Kraft und bleibe in Kraft. Wegen der Veröffentlichung der Verordnung habe man sich entschlossen, daß diese auf der ganzen Erde gleichzeitig erfolgen solle. Darüber werde eine längere Zeit vergehen. Es könne inzwischen eine endgültige Regelung erfolgen, die die Verordnung abänderte. Man müsse die Kraft darauf richten, der Entwicklung des Deutschtums draußen in der Welt zu einem wirksamen Aufbau zu verhelfen.

Nach diesen unverblümten Ausführungen des Kanzlers beantragte das Zentrum eine Stunde Vertagung, die gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen wurde.

Nach der Pause sprach der deutschnationale Abgeordnete v. Walterp. Er erklärte, die Deutschnationalen erwarten eine eindeutige Antwort, ob die Flaggenverordnung unverzüglich durchgeführt werden soll. **Der Vertreter des Zentrums** erklärte, daß nach **jetzt ein unglücklicher Augenblick** für eine Regierungskrise **sei und das Zentrum deswegen** den sozialdemokratischen **Mißtrauensantrag ablehnen werde.** Der Vertreter der Volkspartei sprach sich ebenfalls für den Erlaß aus. In treffenden Ausführungen geißelt Genosse Stoecker das brutale Vorgehen der Reichsregierung, **das darauf abzielte,** ständig stärker die **Politik** der Deutschnationalen, der schwärzesten Reaktion durchzuführen. Dieses freche Vorgehen der Luther-Regierung, deren gesamte Amtsführung eine Kette von Verfassungsbrüchen darstelle, sei nur möglich, **weil diese Regierung des Bürgerblocks sich noch auf die Sozialdemokraten stützen könne. Die Feigheit und der Verrat der Sozialdemokraten haben der Reaktion den Weg geebnet.** Aufgabe der Arbeiterschaft sei es, in geschlossener Front dem Vormarsch der Reaktion entgegenzutreten. Für die Arbeiterschaft komme es nicht darauf an, ob hier schwarz-weiß-rote oder schwarz-rot-goldene Farben geführt werden, sondern für sie stehe in dem Vordergrund die Frage, **welche Ziele und Absichten von der Reaktion verfolgt werden.** Für die Arbeiterschaft sei es angebracht, sich in ihrem Kampf gegen die Unterdrücker und Ausbeuter **etwas von der** Brutalität der Luther-Regierung anzueignen.

Abgeordneter Drewitz, Wirtschaftliche Vereinigung, erklärt, daß seine Freunde für Schwarz-Weiß-Rot stimmen werden, ebenso der Vertreter der Bayerischen Volkspartei. Danach gibt der Reichskanzler Luther nach eine Erklärung auf die Ansage des deutschnationalen Grafen Westarp ab, in der er erklärt, **daß die Reichsregierung es als ihre selbstverständliche Pflicht betrachte, die Verordnung des Reichspräsidenten durchzuführen.**

Bezeichnend bleibt, daß der Redner der Demokraten, der Abgeordnete Koch, sich zweimal von der Rednerliste streichen ließ und auch während der ganzen Verhandlung nicht gesprochen hat. Die Stellung der Demokraten wird von uns an anderer Stelle bekanntgegeben. Das brutale und zynische Vorgehen des Reichskanzlers muß der gesamten Arbeiterschaft zeigen, wie stark sich die Reaktion fühlt. Es ist höchste Zeit, zur gemeinsamen Abwehr der reaktionären Vorstöße zu schreiten. Hinter dem Flaggenerlaß verbirgt sich die Absicht der Eroberung ausländischer Siedlungsgebiete, und damit geht Hand in Hand die sogenannte Rationalisierung in Deutschland. Lohnverkürzung, Arbeitszeitverlängerung und erhöhte Ausbeutung, das sind die Maßnahmen für die deutschen Arbeiter. Das sind auch die Auswirkungen, gegen die die Arbeiterschaft mit aller Energie ankämpfen muß.

Das demokratische Doppelspiel

Demokratisches Mißtrauensvotum — Luther soll gerettet werden

Berlin, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Luther gestern im Reichstag erklärt hat, er bestehe auf der Durchführung der Flaggenverordnung, **haben die Demokraten gestern abend beschlossen,** zwar nicht dem sozialdemokratischen **Antrag** zuzustimmen, jedenfalls aber ein eigenes **Mißtrauensvotum vorzubringen. Vorher wird von ihnen ein Antrag gestellt, wonach der Hindenburgbrief begrüßt wird und verlangt, daß die Parteien diese Lösung annehmen. Wenn das demokratische Mißtrauensvotum nicht angenommen wird, sollen Külz und Reinhold aus der Regierung ausscheiden. Gleichzeitig hat das Zentrum einen Antrag eingebracht,** der Einsetzung eines **Ausschusses zur Lösung der Flaggenfrage fordert und erklärt, die Haltung der Regierung in der Flaggenfrage entspreche nicht den Anschauungen des Reichstages. Damit bringen alle Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten je einen Mißtrauensantrag ein, wodurch natürlich keiner eine Mehrheit findet. Die Regierung also, das ist der Zweck dieses Manövers, bleibt bestehen. Luther erklärt, daß er beim Ausscheiden der Demokraten auch ohne sie weiter Regierung machen wird.**

Erweiterung der Streikfront

London, 12. Mai. **(Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat hat beschlossen, daß die Arbeiter aller Werften mit Ausnahme der Regierungswerftbetriebe die Arbeit einstellen. Die Streikfront hat eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Es wird erwartet, daß der Generalrat die ganze zweite Linie in den Kampf werfen wird. Aus Belfast wird gemeldet, daß die Docker in den Ausstand getreten sind.** Die Regierung gibt bekannt, daß die Zahl der Streikenden durch Einbeziehung wichtiger Industriezweige beträchtlich gestiegen ist. Es haben sich die Metallarbeiter, Werftarbeiter, Mechaniker und Steinbrucharbeiter dem Streik angeschlossen. Wie verlautet, sollen sich in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch sämtliche Mechaniker, Eisenbahner und Gießer, sowie die Mechaniker der Schiffswerften dem Streik angeschlossen haben. Infolge des Streiks mußten in 22 Stahlwerken sämtliche Hochöfen geschlossen werden. Die Regierung kündigt neue energische Aktionen gegen die Streikenden an. Der Sekretär der Bergarbeiter Cook dementiert energisch die Meldung, als ob die Gewerkschaften mit dem Präsidenten der Kohlenkommission über Beilegung des Konflikts verhandelt hätten. Die Regierungsgegner verbreiten demgegenüber die Mitteilung, daß zwar nicht offizielle Vertreter der Gewerkschaften, wohl aber Macdonald mit dem Vorsitzenden der Kohlenkommission Samuel inoffizielle Verhandlungen über Beilegung des Streiks gepflogen habe.

•

Amsterdam, 12. Mai. **(Eigener Drahtbericht.) Die Internationale Transportarbeiter-Föderation teilt mit, daß auf Grund des am Vormittag des 10. Mai mit Cramp, dem Vorsitzenden der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und dem Sekretär des Allgemeinen Englischen Eisenbahner-Verbandes geführten Telephongespräches mitgeteilt werden kann, daß die Situation keine Änderung erfahren hat.** Die in einem Teil der Presse enthaltenen Behauptungen, daß der Streik abbröckele, werden von Camp als unwahr bezeichnet. **Auf Grund der tendenziösen Darstellungen soll erreicht werden, die Entschlossenheit der englischen Arbeiter und die Streikfront zu erschüttern. Die englische Regierung versucht durch Rundfunk als auch durch die Pressorgane die Lage für sich günstig darzustellen und den Umfang des Streiks zu verschleiern. Tatsache ist jedoch, daß nach wie vor der Eisenbahnverkehr, der Transport und auch die Industrie so gut wie stillgelegt sind und daß auch in der übrigen mit in den Streik einbezogenen Industrie der Streik durchgeführt wird.**

Massenverhaftungen

Truppeneinsatz gegen die Streikenden.

Wie bereits berichtet wird, hat die Regierung die Anwendung bewaffneter Streikbrecher und ihren Einsatz gegen die Bergarbeiter beschlossen. Die Verwendung der Truppen hat bereits begonnen. Marinetruppen wurden gegen die Menge in Middlesbrough verwendet. Soldaten wurden in Hull eingesetzt, gewaltige Truppenkonzentrationen finden im proletarischen Osten Londons statt. Zwei schottische Regimenter marschieren in voller Kriegsausrüstung auf. Die Verhaftungen sind zahlreich. Mehrere Führer der Kommunistischen Partei, darunter Genossin Marjorie Pollitt, die Frau des Harry Pollitt, Sekretär der Minderheitsbewegung, Genosse Robson, Organisationssekretär des Bezirkes London, Genosse Springhall, Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes und andere befinden sich jetzt im Gefängnis. In Glasgow wurden 60 Verhaftete sämtlich zu drei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Im ganzen Lande werden im abgekürzten Verfahren Kerkerstrafen von 2, 3 und 6 Monaten verhängt.

Wie die bürgerliche Presse berichtet, hat sich nach den amtlichen Berichten der englischen Regierung die Vorkriegslage etwas gebessert. Es könne jedoch auf keinen Fall von einem Abbröckeln des Streiks gesprochen werden. Im Kohlenrevier ist es bei Durham zu ernsten Zusammenstößen gekommen. In Birmingham sind einige Mitglieder des Magistrates wegen Verbreitung falscher Streikberichte verhaftet und gegen Kaution wieder freigelassen worden. Die Gerichte verfahren in abgekürztem Verfahren für alle Streikvergehen schwere Zuchthausstrafen.

Klasse gegen Klasse

Zeigt die geschlossene Kraft der Arbeiterklasse! Heraus zur einheitlichen Demonstration!

Heute, nach Betriebsschluß, gehen die deutschen Arbeiter auf die Straße — in einer Demonstration ihrer aktiven **Solidarität,** in einer Demonstration ihrer **Kampfentschlossenheit gegen die Unternehmerdiktatur und gegen das Hindenburg-Lutherregime in Deutschland.** Es muß eine Demonstration werden, in der der letzte Kollege und die letzte Kollegin auf die Beine gebracht werden.

Vier bis fünf Millionen Arbeiter stehen in England in einem Riesenkampf, der ein Schulbeispiel für die Stärke der Arbeiterklasse ist, wenn sie es versteht, geschlossen aufzutreten. Die Waffe des Generalstreiks wurde zum ersten Male von der englischen Gesamtarbeiterschaft zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter eingesetzt. Die **Einheit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Unternehmerdiktatur,** gegen die Provokationen der englischen Kohlenbarone, wurde zur **realen Wirklichkeit. Schon vor einem halben** Jahr zeigte der „Rote Freitag", **daß der kapitalistische** Klassenfeind, der **geschlossenen Macht der Arbeiterklasse** beugen muß.

Aber mit eben solcher Klarheit erweist sich bei der Durchführung der internationalen Solidaritätsaktion für die kämpfenden Arbeiter Englands, **daß eine internationalgeschlossene Aktion notwendig** ist. **Einheitlich und wuchtig** müßte sie in den Bergwerken, Güterbahnhöfen, Umschlagshäfen und Meereshäfen aller Länder **mit der Waffe des** sofortigen Streiks einsetzen.

Nur diejenigen, die keine ernsthafte Unterstützungsaktion wollen, die nicht mit aller **Kraft** verhindern wollen, daß auch nur eine Tonne Kohle oder Oel nach England geschafft wird, nur sie sind die Gegner einer solchen geschlossenen Solidaritätsaktion.

Die **reformistischen Führer in Deutschland** stehen in der vordersten **Linie des Kampfes gegen eine wirkliche ernsthafte** Solidaritätsaktion. Sie sind **gegen jede** einheitliche **Aktion** — sie, **die geschworenen Gegner der Gewerkschaftseinheit** im nationalen und internationalen Maßstab. Sie beschränken sich auf ein paar Solidaritätstelegramme und die Herausgabe von Sammellisten. Während die von oben herab den **Vorschlag des Zentralkomitees der KPD. an den ADGB., der die notwendigen, sofortigen Kampfmaßnahmen zur Solidarität mit den englischen Arbeitern und zum Kampfe gegen die brutale Profitdiktatur des deutschen Unternehmertums aufzeigte,** höhnisch zurückwiesen, wollen sie den rechten Gewerkschaftsführern in England gleichzeitig die Zeit und Möglichkeit gewähren, hinter den Kulissen ihren Verrat im englischen Generalstreik vorzubereiten.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer lehnen den einheitlichen Kampf, den Solidaritätsstreik und die Bildung von Aktionsausschüssen ab, weil sie wissen, daß die Aufrollung der Kampffront nicht nur der Solidarität mit unseren kämpfenden englischen Klassenbrüdern gelten würde, sondern auch zu einer gewaltigen Verschärfung des Klassenkampfes, zur **Aufrollung der breitesten Klassenfront in Deutschland** führen würde. Der Kampf gegen die immer niederträchtigeren Ausbeutungsmethoden in den Betrieben, für den Achtstundentag, für die Siebenstundenschicht im Bergbau, für ausreichende Löhne, gegen den Lohnabbau — dieser Kampf gegen die gesamte kapitalistische Rationalisierung, der in engster Verbindung mit dem Kampf der Erwerbslosen tritt — **stellt auch für Deutschland die Notwendigkeit der einheitlichen geschlossenen Aktion, der Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse** gegen die Kapitalsdiktatur auf die Tagesordnung.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wollen diesen Kampf, diese geschlossene Aktion, die ihre bisherigen wirtschaftsfriedlichen, und arbeitsgemeinschaftlichen Prinzipien zerschlagen würde, nicht herbeiführen. Die sozialdemokratischen Parteiführer erklären in der Situation, in der die schärfste Kampffront gegen die kapitalistische Diktatur notwendig ist, in einer Situation der schwersten Provokationen und Verfassungsbrüche des monarchistisch-großkapitalistischen Hindenburg-Lutherregimes, **nicht ihre Bereitschaft, den Klassenkampf zu führen, sondern unterstreichen ihre bisherige Politik des Bündnisses mit der Bourgeoisie durch ein neues Bekenntnis zur Koalitionspolitik gemeinsam mit kapitalistischen Parteien, unter der Präsidentschaft Hindenburgs.**

Koalition mit kapitalistischen Parteien aber bedeutet täglich und stündlich, die Interessen der Arbeiterklasse mit den Füßen zu treten. Der Burgfrieden mit der einheimischen Bourgeoisie, bedeutet nicht nur eine Abwürgung aller Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die deutsche Kapitalistenklasse, sondern gleichbedeutend den Verzicht auf jede Solidaritätsaktion auf dem Boden des internationalen, proletarischen Klassenkampfes. **Die Bereitschaft zur Koalitionspolitik ist der schamloseste Dolchstoß, der der deutschen und englischen Arbeiterklasse in dieser Situation versetzt werden konnte.**

Entspricht die Politik den Wünschen der großen Massen der Arbeiterschaft? Gewiß nicht! Erst vor wenigen Tagen haben die Reichsbanner-Arbeiter bei ihrer Berliner Demonstration gerufen: **„Nieder mit Hindenburg-Luther! Nieder mit Marx und Külz! Auf zum Generalstreik!"** Das